

Die KPD, ihre Vorläufer und die Novemberrevolution

Revolutionärer Marxismus 26, Theoretisches Journal der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (heute: Liga für die Fünfte Internationale), Winter 1998/99

I. Loslösung von der SPD

Zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 30.12.1918 fanden sich 83 Mitglieder aus 46 Orten ein. Zahlenangaben über die Gesamtmitgliedschaft zur Gründerzeit schwanken zwischen einigen Hundert und Tausend. Den Kern der Partei bildeten die frisch aus der USPD ausgetretene Spartakusgruppe, die Gruppierungen der Linksradikalen aus Berlin (ISD um Julian Borchert und die Zeitung "Lichtstrahlen") und Bremen (um Johann Knief und die "Arbeiterpolitik") sowie eine sich ebenfalls als linksradikal verstehende Tendenz aus Hamburg. Diese Formationen verkörperten unterschiedliche Strömungen der oppositionellen Arbeiterbewegung.

Die Opposition in der SPD entstand im wesentlichen in den Kriegsjahren ab 1914 und hatte zum Ausgangs-, Dreh- und Angelpunkt die offizielle positive Haltung der Partei zum imperialistischen Krieg. Die Spanne dieser Abdrift reichte aber vom Pazifismus ohne gesellschaftlich durchgreifende Perspektive bis zur revolutionären Bürgerkriegserklärung. Organisatorisch kanalisierte sie jedoch keine zwei klar abgesteckten Lager, sondern führte dazu, daß sich einige Splitter außerhalb der Sozialdemokratie verfestigten und als solche auch selbst voneinander isolierten, weil sie neben der Kriegsfrage die Ablehnung der Parteidisziplin zur Generalfrage erhoben, während sich der Großteil der innerparteilichen Opposition erst nach dem Maulkorb im Parteiorgan «Vorwärts» aus der SPD verabschiedete und Ostern 1917 zur Unabhängigen

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) zusammenschloß. Dieser Zusammenschluß war nicht Frucht einer inhaltsbestimmten Debatte, geschweige denn eines gemeinsamen stringenten Fraktionskampfes, vielmehr ein Sammelbecken sozialdemokratischer Elemente verschiedener Couleur.

Ihre linkeste Strömung, der Spartakusbund, um die über die Landesgrenzen hinaus bekannte R. Luxemburg und den Reichstagsabgeordneten K. Liebknecht, der als erster «Nein» zu den imperialistischen Kriegskrediten gesagt hatte, war nach kurzer Eigenständigkeit in die USPD gegangen. Die Entrismus-Taktik ging aber von keiner klaren Einschätzung der USPD aus, wurde zu lange aufrecht erhalten und war insgesamt auch nicht sonderlich erfolgreich (95% des Arbeiteranhangs verblieb bei der Mutterpartei, als Spartakus sie im Dezember 1918 wieder verließ).

Sie wurde durchgeführt, um den Massen nahe zu sein und die besten Kämpfer aus der USPD herauszuholen. So konnte erreicht werden, daß Spartakisten bei den Zusammentreffen der Revolutionären Obleuten in Berlin zu Gast waren. Bei den Revolutionären Obleuten handelte es sich um jene Aktivisten, die die Arbeiter, namentlich aus Berliner Metallgroßbetrieben aus ihrer Mitte zu Streikführern gewählt hatten, und die sich sehr um den Aufschwung der Arbeiterbewegung in Deutschland seit 1915 verdient gemacht hatten. Sie stellten den linken Flügel in der zentristischen USPD dar.

Der scheinbare Vorteil der föderalen und liberalen Strukturen der USPD, die ein Arbeiten in ihr ermöglichten, verkehrte sich in das Gegenteil, da in der dezentralisierten Partei der Versuch eines fraktionellen Kampfes leerlief. Eugen Leviné, der nach der niedergeschlagenen Räterepublik in München hingerichtet wurde, schilderte den Reichsrätekongreß so:

“Dieser Kongreß setzte sich ... aus schlaunen Parteisekretären und Gewerkschaftsfunktionären zusammen, die sich ihrer Aufgabe bewußt waren. Niemand von uns hatte vermutet, daß so etwas

möglich sei. Jedermann fragte sich: „Wo bleibt die Spartakusgruppe, wo bleiben ihre prinzipiellen Stellungnahmen?“

Spartakus war gezwungen, sich auf die internen Debatten der USPD, der er noch angehörte, zu konzentrieren, wobei die USPD-Führung ständig davor zitterte, ihr linker Flügel könne „zu weit gehen“. Dadurch sei, meint Leviné, die gesamte von Spartakus aufgeworfene Debatte im Innern der USPD erstickt worden. Die Spartakusgruppe konnte ihre Argumente auf dem Kongreß nicht vorbringen. Erst am Ende des Kongresses legt die Gruppe sich Rechenschaft darüber ab, daß sie über zwölf Delegierte verfügte und durchaus weitere acht unter den Soldaten hätte finden können, um eine Fraktion zu bilden und Rederecht zu erhalten.

„In der Fraktion der Unabhängigen Partei“, schrieb Leviné, „war es uns unmöglich, eine Klärung herbeizuführen. Eines ist eine Massenversammlung von Unabhängigen ... dort können wir, wenn wir von innen heraus agitieren, die Massen nach links treiben ... aber die Herren, die sich in der Fraktion befinden, haben eine so dicke Haut, die sich in langen Jahren parlamentarischer Gleichgültigkeit herausgebildet hat, daß unsere Peitschenschläge sie nicht in Bewegung setzen können.“

Natürlich hätte Spartakus seine Positionen nicht durchsetzen können. Doch eine Polarisierung des Kongresses und damit ein Mehr an Klarheit wären möglich gewesen. Der Vorschlag, daß sich der Reichsrätekongreß selbst zur gesetzgebenden Versammlung erklärt, von den USPD-Sprechern nur halbherzig vorgetragen, wurde abgelehnt.

Die Spartakus-Führung nahm die Weigerung der USPD-Spitze, einen Parteitag einzuberufen, auf dem die konterrevolutionäre Politik des Rates der Volksbeauftragten, in dem die USPD ja Mitverantwortung trug, zur Sprache kommen sollte, endlich zum Anlaß für den Ausstieg; darüber war es allerdings schon Dezember 1918 geworden und die revolutionären Ereignisse

längst in vollem Gange. Der Spartakusbund hatte organisatorisch nichts in der Hand, um die Arbeitervorhut in Gestalt der Revolutionären Obleute an sich zu binden, da diese sich von den betrieblichen Massen nicht isolieren wollten. Selbst die "Linksradikalen" um Radek hatten eine größere Massenbasis als Spartakus und standen der Doktrin des Bolschewismus näher. Zwar gab es Verhandlungen über eine Verschmelzung, doch stellten die revolutionären Obleute fünf Vorbedingungen – 1. Rücknahme des Wahlabstinenzbeschlusses 2. Paritätische Programmkommission 3. Aufgabe der Putsch-Taktik 4. Einflußnahme auf Presse und Flugblätter 5. Streichung der Bezeichnung Spartakusbund – was vom Spartakusbund nicht akzeptiert wurde.

So mußten die Spartakus-Leute für die Parteiformierung auf ein Milieu zurückgreifen, das sich außerhalb der sozialdemokratischen Massenorganisationen angesiedelt hatte, durchsetzt mit allerlei politisch vagabundierenden Geistern, die von der Revolutionswoge hochgespült worden waren und sich magisch von dem jeweils radikalsten Projekt angezogen fühlten. Kontakte zu den verschiedenen organisatorisch faßbaren Oppositionszellen bestanden bereits vor Kriegsausbruch, die sich während des Krieges dann konsolidierten und auch annäherten. Zu nennen wären die 1916 aus der SPD ausgestoßenen Bremer Linksradikalen, die aus Protest gegen die Kriegsbejahung der Parteiführung eine Beitragsperre empfohlen hatten. In ihren Reihen wirkte neben P. Frölich auch K. Radek, der vielfältige Beziehungen zu den russischen Bolschewiki unterhielt. Sie waren federführend in dem lockeren Verband, der als Internationale Sozialisten Deutschlands (ISD) firmierte.

Im Mittelpunkt ihrer propagandistischen Arbeit stand neben der Verurteilung des imperialistischen Krieges die Bürokratisierungskritik an der Sozialdemokratie. Daraus folgte die Abgrenzung gegen alle sozialdemokratisch geführten Teile der Arbeiterbewegung und der Anspruch auf ein gänzlich anderes

Organisationsmodell, bis hin zur Beseitigung jeglichen Führertums in der Arbeiterbewegung. Hier wurden gern Anleihen bei der Theorie der revolutionären Selbsttätigkeit der Arbeitermassen von R. Luxemburg gemacht, die gerade diesen Organisationskurs nicht mitgemacht hatte.

Das war im dialektischen Wechselspiel mit der fehlenden klaren positiven Programmatik der Grund, warum eine Vereinheitlichung innerhalb der ISD unterblieb. Die Hamburger Linksradiكالen um H. Laufenberg, einem ehemaligen Redakteur und Schulungsleiter der SPD, standen bei der Bildung der ISD abseits, weil sie die nationale Selbständigkeit wahren wollten. Aus einer ganz anderen, linksbürgerlich-anarchistischen Tradition kam der Kreis um die Kulturzeitschrift «Die Aktion» mit ihrem Schriftleiter Pfemfert und komplettierte die Rekrutierungsriege für die spätere KPD. So fehlte der Revolution just bei Ausbruch der organisatorische revolutionäre Pol.

Auch der Spartakusbund war nicht von der Einmütigkeit und Hellsicht geprägt, die ihn unter den Revolutionsumständen zur Führungskraft prädestiniert hätte. Über den Parteaufbau und die Einschätzung der SPD herrschten keine einheitlichen Sichtweisen selbst zwischen den erfahrensten Führern. Luxemburg betrieb am dezidiertesten den Entrismus und Verbleib in der USPD – im übrigen war sie auch später in der Frage der Neugründung der Internationale das retardierende Moment – während Liebknecht auf eine schnellere organisatorische Eigenständigkeit drängte. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit war Orientierungspunkt für Luxemburg; Liebknecht hingegen sah die größere revolutionäre Potenz bei der Masse der ungelernten, nicht an die alten Apparate gefesselten Arbeiterschaft. In der SPD-Kritik akzentuierte Luxemburg den historischen Zusammenbruch des Reformismus auf Weltebene, Liebknecht indes strich die subjektive Seite, den Verrat der Instanzen und damit den Gegensatz Führerschaft-Masse heraus.

Die spätere KPD wurde von keinem ihrer Gründungsbestandteile

organisatorisch und politisch früh und klar genug vorbereitet. Schon in der Vorkriegs-SPD hätten sie eine gegen Revisionisten und Zentristen gerichtete Fraktion bilden müssen, die am 4. August, dem historischen Verrat der Partei, aus dieser hätte austreten müssen. Ein vorzeitiger Ausschluß durch den Vorstand hätte in Kauf genommen werden müssen, zumal in den Augen der Mitgliedschaft die Führung als Spalter dagestanden wäre; nach der Bewilligung der Kriegskredite war eine Spaltung unvermeidlich. So fehlten im Krieg (im Untergrund operierende) Zellen an der Front, in den Betrieben und Gewerkschaften einer revolutionären Partei, die den russischen Bolschewiki vergleichbar war.

II. Die Politik der Linken in den Revolutionsmonaten

Linken als Vorbereiter und Lenker der Revolution, so heißt das nicht, daß sie es an heldenhaftem Einsatz hätten fehlen lassen oder daß sie das Gebot der Stunde völlig verkannt hätten. So waren die Linken im Vorfeld des Umsturzes durch Waffenbeschaffung, die Mitorganisierung von Kurierdiensten als Verbindungsnetz zwischen Betrieben und Kasernen beteiligt. Wo sich Räte bildeten, gingen sie hinein oder versuchten, selber welche zu initiieren. In Berlin wurde ein bürgerlicher Zeitungsverlag besetzt und die «Rote Fahne» als tägliches Revolutionsorgan herausgegeben. Unermüdlich wurden Flugblätter gedruckt und eine Reihe von Demonstrationen durchgeführt. Auf der berühmten Kundgebung vor dem Schloßplatz rief Liebknecht die sozialistische Republik aus. Nein – für heutige Begriffe war die damalige deutsche Linke in Anbetracht ihres geringen Kräfte-reservoirs tadelsfrei und musterhaft organisiert.

Rosa Luxemburg analysierte die Oktoberreformen scharfsinnig als Pakt der Scheidemann und Bauer mit der Monarchie, um sich der kommenden Revolution in den Weg zu stellen. Die proletarische Revolution würde über die Leiche des Kapitalismus hinwegfegen. *“Ihr erster Ruf, ihre erste Etappe*

muß sein: Deutschland – Republik.” (Spartacus 12, Oktober 1918; in Brandt: 1918-19, S. 32)

Diese Formel war algebraisch: war die bürgerlich-demokratische Republik des Erfurter Programms oder eine sozialistische Republik der Arbeiterräte gemeint? Der Ausdruck “erste Etappe” suggeriert eher, daß die Krönung des demokratischen Minimalprogramms gemeint ist.

In einem Aufruf vom 10. November verkündete die Spartakusgruppe ihr Programm:

„1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Volksbewaffnung; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

3. Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit; Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.

7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne

Unterschied der Geschlechter.

8. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.

10. Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.” (Die Rote Fahne 2, 10.11.1918; in: Brandt, 1918-19, S.50)

Ein unzweifelhaft revolutionäres Programm für die Rätemacht! Man vermißt allerdings wirtschaftliche Forderungen gegen Hunger und Not, demokratische Forderungen wie das Selbstbestimmungsrecht, eine Stellungnahme zu Friedensschluß und Reparationen, zur Enteignung der Kapitalisten und zum Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft. Eine “Taktik” gegenüber der reformistischen Führung und ihres zentristischen Flankenschutzes fehlt ebenso (Brecht mit der Koalition mit dem kapitalistischen Militär- und Verwaltungsapparat!). Die Forderung nach Beseitigung der Reichsregierung – seit dem Tage des Erscheinens dieses Aufrufs eine Koalition aus SPD und USPD – kann nach ihrer Bestätigung durch die Versammlung im Zirkus Busch als Aufforderung zum Aufstand gegen die von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählte Exekutive ausgelegt werden. Zunächst besteht aber die Aufgabe für Kommunisten, die Basis dieser Parteien politisch für sich zu gewinnen!

In ihrem Artikel “Der Anfang” (Die Rote Fahne [Berlin] Nr. 3, 18.11.1918; in Brandt: 1918-19, S. 74 – 76) zieht Luxemburg eine Zwischenbilanz: der Feind ist nicht niedergeworfen, nur die Monarchie, die wie jede bürgerliche Regierung Geschäftsführerin der herrschenden Klassen war. Um die ganze Macht in die Hände der Räte der arbeitenden Masse zu legen, das Revolutionswerk vor seinen lauernden Feinden zu sichern,

fordert sie: Ausbau und Wiederwahl der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte; ständige Tagung dieser Vertretungen und Übergabe der eigentlichen politischen Macht aus dem kleinen Komitee des Vollzugsrates in die breitere Basis; schleunigste Einberufung des Reichsparlaments der Arbeiter und Soldaten; unverzügliche Organisierung nicht der Bauern, sondern der ländlichen Proletarier und Kleinbauern, die als Schicht bisher noch außerhalb der Revolution stehen; Bildung einer proletarischen Roten Garde als Schutz der Revolution und Heranbildung der Arbeitermiliz, um das gesamte Proletariat jederzeit wachsam zu halten; Verdrängung der übernommenen Organe des alten Staates von der Verwaltung, Justiz und Armee; sofortige Konfiskation der dynastischen Vermögen und Besitzungen sowie des Großgrundbesitzes als erste Maßnahme zur Sicherung der Verpflegung des Volkes; sofortige Einberufung des Arbeiterweltekongresses nach Deutschland.

Was macht aber die "revolutionäre" Regierung? Sie beruft die Konstituierende Nationalversammlung als bürgerliches Gegengewicht zur Arbeiter- und Soldatenvertretung ein; tut nichts, um die weiter bestehende Macht der kapitalistischen Klassenherrschaft zu zertrümmern; sie tut alles, um die Bourgeoisie zu beruhigen, die Unantastbarkeit des Kapitalverhältnisses zu versprechen; sie läßt die sich auf Schritt und Tritt regende Gegenrevolution ruhig gewähren. Dieses Aktionsprogramm stellte jetzt auch organisierende und wirtschaftliche Maßregeln, die in die Eigentumsverhältnisse eingriffen und die Hungersnot lindern sollten, auf. Wie sollte die Revolution über die sozialdemokratische Führung hinweg vorangetrieben werden, wie sollten die Arbeiter, die SPD und USPD folgen, gewonnen werden? Welche Forderungen stellte man an diese Führer, um sie vor ihrem Anhang zu kompromittieren und den Widerspruch zwischen ihren Absichten und den Bedürfnissen der Basis zu entwickeln und beschleunigen? Antwort:

"Das Bild der deutschen Revolution entspricht der inneren

Reife der deutschen Verhältnisse. Scheidemann-Ebert sind die berufene Regierung der deutschen Revolution in ihrem heutigen Stadium. Und die Unabhängigen, die mit Scheidemann-Ebert Sozialismus machen zu können glauben, ... qualifizieren sich damit selbst als die berufenen Mitträger der Firma in diesem ersten provisorischen Stadium. Aber die Revolutionen stehen nicht still. Ihr Lebensgesetz ist rasches Vorwärtsschreiten ... Die Lage ist als Anfang begreiflich, als Zustand auf die Dauer unhaltbar. Soll die Gegenrevolution nicht auf der ganzen Linie Oberhand gewinnen, müssen die Massen auf der Hut sein."

Hier spricht die Objektivistin! Jede Revolution bekommt die Führung, die sie verdient. Als quasi naturgesetzlicher Evolutionsprozeß entwickelt sie sich aber weiter unter der einzigen Voraussetzung – die "Massen" schlafen nicht ein dabei! Wozu sich da noch Gedanken um die Aufgaben einer revolutionären Führung machen? Die Spontaneität der Massen wird's dem Spartakus schon richten!

Die Lohnstreikwelle in Oberschlesien, bei Daimler usw. kommentiert Rosa so:

"Die beginnende Streikbewegung ist ein Beweis, daß die politische Revolution in das soziale Fundament der Gesellschaft eingeschlagen hat. Die Revolution besinnt sich auf ihren eigentlichen Urgrund ... Die Bourgeoisie fühlt wohl, daß hier ihre sterblichste Stelle berührt wird, daß hier der Spaß der Regierungsharmlosigkeit aufhört und der furchtbare Ernst der Auseinandersetzung zweier Todfeinde ... beginnt ... Die kleinen Fesseln der gewerkschaftlichen Diplomatie im Dienste der Kapitalsherrschaft haben sich in der Periode der politischen Stagnation, die dem Weltkrieg voraufgegangen ist, trefflich bewährt. In der Periode der Revolution werden sie elend versagen ... erste(r) Anfang einer Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland ... Beginn des gewaltigen direkten Klassenkampfes ... dessen Ausgang kein anderer als die Beseitigung des Lohnverhältnisses und die Einführung der sozialistischen

Wirtschaft sein kann ... Die proletarische Masse ist durch ihr bloßes Erscheinen auf der Bildfläche des sozialen Klassenkampfes über alle bisherigen Unzuänglichkeiten, Halbheiten und Feigheiten der Revolution zur Tagesordnung übergegangen. Der Acheron ist in Bewegung geraten, und die Knirpse, die an der Spitze der Revolution ihr kleines Spiel treiben, werden purzeln, oder sie werden endlich das Kolossalformat des weltgeschichtlichen Dramas, an dem sie mitspielen, verstehen lernen." ("Der Acheron in Bewegung", Die Rote Fahne [Berlin] Nr. 12, 27.11.1918; in: Brandt, 1918-19, S. 78 ff.)

Die Ökonomin dichtet dem Lohnkampf magische Fähigkeiten aus sich heraus an getreu dem Motto: "Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!" Transformiert er sich spontan in einen Kampf um gerade die Aufhebung des Lohnverhältnisses, für die wirtschaftliche und politische Macht des Proletariats oder bedarf es dazu der energischen Intervention der kommunistischen Avantgarde und des Weitertreibens über die ursprünglichen Ziele? Verschwinden die "kleinen Fesseln der gewerkschaftlichen Diplomatie im Dienste der Kapitalsherrschaft" wie z.B. die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, ohne daß Kommunisten die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hinter sich geschart und einen hartnäckigen Kampf in der Elementarorganisation geführt haben? Purzeln die Ebert-Scheidemänner, die Haases und Co. auch so geräuschlos, wenn das Proletariat auf der Bildfläche bloß erscheint? Ist das Proletariat in den Arbeiter- und Soldatenräten nicht auch auf der Bildfläche erschienen, sogar ziemlich geräuschvoll unter Waffen? Oder ist der politische Kampf "eigentlich" eine Ablenkung vom "Urgrund" des Klassenkampfes überhaupt? Vielleicht kann der "eigentliche" elementare Klassenkampf die in Politik, in Debatten und Regieren verstrickten Führer zur Besinnung bringen, sie das "weltgeschichtliche Drama, an dem sie mitspielen, verstehen lernen"? Die Fragen stellen heißt sie beantworten. Luxemburgs Spontaneismus erlebt hier ein schlimmeres Waterloo als jemals

zuvor!

Die revolutionäre Linke beging gravierende politische Fehler. Mit Blick auf die zu Anfang scheinbar widerstandslose und gewaltige Ausbreitung der Revolution erlag die Linke der Gefahr, die revolutionäre Schubkraft für so mächtig zu halten, daß ihr selbst der Verrat der MSPD-Führung nichts anhaben könnte, wenn die Massen nur beizeiten darüber aufgeklärt würden. Hier verschätzte die ansonsten besonnene Luxemburg sich gleich zweifach. Zum einen an jenem «Blutnikolaus», als in der «Roten Fahne» der Aufruf zu einer unbewaffneten Demonstration am 6. 12. in Berlin mit dem Hinweis erschien, daß sich die Revolutionäre auch durch lautere friedliche Mittel von der alten Obrigkeit zu unterscheiden hätten. Die Folge war, daß dieser Demonstrationzug in einen konterrevolutionären Hinterhalt geriet und mehrere Tote auf der Strecke blieben. Die Gefahr durch heimkehrende Truppen glaubte Luxemburg gebannt, indem sie den Soldatenrock gegen einen Arbeitskittel eintauschen würden; die proletarische Umgebung würde sie dann wieder revolutionär konditionieren.

Das Versäumnis, in der Wehrpflichtigenarmee klassenorganisierend gewirkt zu haben, schlug sich in dem klassenunspezifischen Sonderrang der Soldatenräte nieder. Es hätten Mannschaftsräte und die Entwaffnung der Offiziere und gegenrevolutionären Unteroffiziere gefordert werden müssen, um antirevolutionäre Einflüsse besser neutralisieren zu können und eine Ausgangsposition zur Zerschlagung und Transformation des stehenden Heeres in eine den Arbeiterräten verantwortliche demokratische, proletarische Miliz zu schaffen. Zwar wurde korrekt propagiert, das Netzwerk der Räte zu einem System als Grundlage und Sicherung von Arbeitermacht auszubauen, doch die Verankerung ihrer Strukturen blieb besonders auf Betriebsebene unklar.

Überhaupt muß festgestellt werden, daß das Programm der Linken, namentlich des Spartakusbundes, als maximalistisch mit einigen demokratischen Einsprengseln (Wahl der Offiziere) zu

bezeichnen war, also keinen wirklichen Übergangscharakter besaß. Da verhielt sich die MSPD mit der nach innen geleiteten Friedenssehnsucht der Massen geschickter, allerdings in umgekehrter Richtung! Der wichtigen demokratischen Lösung der Konstituante wurde die Rätelosung praktisch nur gegenübergestellt.

Die Abstimmungsniederlage auf dem reichsweiten Arbeiter- und Soldatenräte-Kongreß Mitte Dezember 1918, auf dem Spartakus (als USPDler) 6 und die Laufenberg-Leute («Vereinigte Revolutionäre Arbeiter und Soldaten») 10 Abgesandte stellten, war bitter (98:344) und signalisierte einen herben Rückschlag für die Sache der sozialistischen Revolution. Auch dies wurde auf Seiten der Linken nicht konsequent genug registriert. All diese Fehldiagnosen trugen zum Auftrieb von politischen Abenteurern in den eigenen Reihen bei.

Spartakus und Linksradikalen ging ein Verständnis für Differenzierungsprozesse zwischen Mitgliedschaft und Führung in Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien ab. Die Räte waren anfangs loyal gegenüber dem RVB in der Erwartung, die Initiative zu grundlegenden politischen Veränderungen müsse von oben kommen. Als sich zeigte, daß die SPD-Führer sich in jedem Konflikt zwischen der alten Bürokratie und den Arbeiter- und Soldatenräten gegen letztere stellten und keinerlei Anstalten machten, die Ziele der "sozialdemokratischen" Rätebewegung in Angriff zu nehmen ("sozialistische" Republik), sondern vielmehr dagegen arbeiteten, setzte die Kritik an der Regierung ein.

Die revolutionäre Linke beschränkte sich auf rein agitatorische Entlarvung der "Regierungssozialisten" und endlose Demonstrationen ("revolutionäre Gymnastik"). Erst in späteren Jahren wurde eine systematische Einheitsfrontpolitik und Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verfolgt.

III. Kontroversen der Gründungsphase

Mit dem quasi selbstliquidatorischen Schritt des Rätekongresses kippte die Waage der Doppelmacht nun eindeutig zugunsten der bürgerlich-demokratischen Konterrevolution. Erst in dieser Lage, knapp zwei Wochen später, gründete sich die Partei mit revolutionär-proletarischem Anspruch, die Kommunistische Partei Deutschlands (29. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919). Zu spät, wenn die äußere politische Konstellation berücksichtigt wird; zu früh, wenn man es aus der Warte der Reife der Organisation betrachten will. Nachdem der Versuch zur Anbordnahme der revolutionären Obleute gescheitert war und es erst 1920 gelingen sollte, die USPD entlang der Klassenlinie zu spalten, zeigte das Kräftebarometer der KPD auf ultralinks.

Unstimmigkeiten traten bereits auf dem Gründungsparteitag in aller Deutlichkeit hervor. Sie fingen schon bei der Namensgebung an. Luxemburg plädierte aus taktischer Rücksichtnahme auf die reformistisch beeinflussten Arbeitermassen für «sozialistisch», Leo Jogiches – das “Organisationsgenie” von Spartakus – hielt die Gründung überhaupt und die Trennung von der USPD für immer noch verfrüht; doch die Mehrheit entschied korrekterweise anders. Zur zentralen Kontroverse kam es über das Problem der Konstituante. Luxemburg versuchte, den Unterschied zwischen einer allgemeinen Klassifizierung und der Notwendigkeit des taktischen Reagierens herauszuarbeiten und empfahl die Beteiligung an den Nationalratswahlen in Form einer Eigenkandidatur, die Nationalversammlung und den Wahlkampf als Tribüne des Klassenkampfes auszunutzen.

Die Gegner dieses Herangehens sahen dies in der spezifischen Doppelmachtsituation als nicht mehr erfüllbare demokratische Losung an, sondern nur, daß die Nationalversammlung die Konterrevolution besiegeln könnte, und hielten es deshalb für geboten, der bisherigen Propagierung des Rätewesens folgend

der Konstituante mit Abstinenz zu begegnen und stattdessen die Kräfte für wichtigere Aufgaben, den Aufstand, zu präparieren. Das Leitungsgremium schloß sich Luxemburgs Argumentation an und legte dies dem Parteitag zur Beschlußfassung vor, erlitt aber eine kapitale Niederlage mit dreiviertel Gegenstimmen, was die Autorität der frischgebackenen Führung natürlich empfindlich unterhöhlen mußte. Hier rächte sich im übrigen, daß das 12-köpfige Paneel berlin- und spartakuszentriert besetzt war. Die neue Partei legte also mit ihrem ersten Beschluß von Tragweite einen klassischen Fehlstart hin. Obgleich die Position der Zentrale nicht ganz korrekt war, weil sie einige taktische Implikate außer Acht ließ, hätten wir damals gegen die ultralinken Sektierer assistieren müssen.

Das gilt auch in der Aufstandsproblematik, wo sich ebenfalls das radikale Argument durchsetzte, diesmal allerdings mit knapperer Mehrheit und anderer Frontstellung. Luxemburg gehörte abermals zu denjenigen, denen die Geschichte nachträglich mehr recht gab, aber wieder zu den Verlierern der aktuellen Abstimmung. Jogiches und Luxemburg waren wie die Revolutionären Obleute gegen jeden vorzeitigen Versuch der Machtübernahme, sahen den endgültigen Sieg der proletarischen Revolution erst am Ende harter Klassenkämpfe. Liebknecht war hier weniger vorsichtig. Er war wie die Masse der Spartakisten eher Anhänger der "revolutionären Initiative", des Drucks der Straße, des Ersatzes "falscher" Führungen durch "handelnde Minderheiten". Hatte die «Rote Fahne» am 14. 12. 1918 noch die Errichtung einer Räterepublik erst nach Gewinnung der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung verkündet, schwand das luxemburgistische Vertrauen in die Dynamik der Massenkämpfe und die der Partei zugedachte eher passive Rolle als Sekundant im revolutionären Prozeß nunmehr.

Die voluntaristischen Aufstandsbefürworter, darunter auch Liebknecht, erkannten zwar richtig, daß die Zeit gegen die Revolution arbeitete, zogen aber den Kurzschluß, daß die Partei selber nun durch die Tat ein Revolutionsfanal setzen

und in einem militärischen Handstreich – daher der Vorwurf putschistischer Tendenzen seitens der Revolutionären Obleute – die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse entscheidend beeinflussen könnte, und tappten damit in eine vorbereitete Falle der Konterrevolution, die auf eine Kraftprobe in der ersten Januarhälfte 1919 im Berliner Zeitungsviertel eingerichtet war, die Linke der Berliner USPD und die Kritiker der revolutionären Obleute allerdings gleich mit.

Das ZK der KPD war über diese Frage gespalten: Liebknecht wurde laut Broué (S. 49) erlaubt, seine Aktivitäten – auch mit dem weiteren Ziel der unmittelbaren und bedingungslosen (!?) Vereinigung der revolutionären Organisationen Berlins – auf “eigene Verantwortung” (!) fortzusetzen, obwohl es dagegen wandte, die Verteidigung Eichhorns unter der Hand, ohne ausreichende Vorbereitung und ohne Gewinnung der Massen zum Kampf für den Sturz Eberts zu verwandeln.

Zwar brach sich sehr bald die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit des verlustreichen Unternehmens Bahn, und der Abbruch der Aktion sowie der Rückzug aus dem Revolutionsausschuß zum Sturz der Regierung, in dem auch Liebknecht saß, wurden von der KPD beschlossen. Liebknecht wurde am 12. von Luxemburg und der Mehrheit des ZK heftig verurteilt. Auch Radek als quasi bolschewistischer Delegierter in Deutschland sprach sich gegen den Januaraufstand aus. Dieser Akt von Hybris lieferte jedoch der sozialdemokratisch geführten Konterrevolution den willkommenen Vorwand, jegliche revolutionäre Bestrebung als Mißachtung des Mehrheitswillens selbst der anerkannten Revolutionsorgane (Vollzugsrat, Rätekongreß) zu brandmarken und eine beispiellose Hetze speziell gegen die «spartakistischen Brandstifter» zu entfachen. Die junge KPD büßte mit dem bitteren Verlust ihrer beiden bedeutendsten Führer, die am 15. 1. 1919, also noch vor dem Termin der Nationalratswahlen, ermordet wurden.

Über die Auffassung der Anfangs-KPD zu den Gewerkschaften

finden sich widersprüchliche Angaben in der einschlägigen Literatur. Bei Flechtheim wird die Urheberschaft der Formel «Heraus aus den Gewerkschaften» dem Zentralkomiteemitglied Frölich von den Bremer Linksradiكالen zugeschrieben; selbst Luxemburg soll geäußert haben, sie seien wert zu verschwinden. Bock u.a. lasten diese sektiererische Parole syndikalistischen Kreisen außerhalb der Leitung an. Dort kursierte die Idee von der wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation, die Partei und Gewerkschaften ersetzen sollte, eine Räteform als Partei neuen Typs.

Gleichzeitig gab der Gründungskongreß der Partei eine sehr verschwommene organisatorische Form mit völliger Autonomie der örtlichen Gruppen. Die Führung sollte nur die Aufgabe haben, aufzugreifen und zusammenzutragen, was in der Organisation geschah. Der fehlende demokratische Zentralismus erklärte sich größtenteils aus den angestammten föderalistisch-antiautoritären Strukturen und der Isolation der einzelnen Mitgliedskomponenten der KPD und erwies sich als Störfaktor bei Beschlußfassungen und deren Umsetzung und im weiteren Verlauf als eine schwere Hypothek für den Aufbau einer wahrhaft revolutionären Partei. Man darf also abschließend sagen, daß die Gründung der KPD unter einem Unstern stand, nichtsdestotrotz war sie überfällig, obwohl die ROL und 95% der USPD-Arbeiter in den entscheidenden Städten nicht gewonnen werden konnten. Die KPD konnte nur ein paar tausend gewinnen.

Ein Wort noch zum Verhalten der Bolschewiki zur deutschen Revolution und zum Prozeß des Parteiaufbaus. Kraft ihrer überlegenen Erfahrung und politischen Klarsicht hätten sie in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung übernehmen müssen, insbesondere bei der Schmiedung einer revolutionären Partei, obwohl die III. Internationale zu dem Zeitpunkt noch nicht ins Leben gerufen war. Die Entsendung eines Radek, die Ermunterung durch Briefe und die Ermahnung durch eine bolschewistische Besuchsabordnung im Oktober 1918 an die deutschen Genossen, die Revolution müsse in einem Monat geschafft sein, reichten

nicht aus. Eine internationale Diskussion über die Probleme der KPD erfolgte erst im Vorfeld ihres 2. Parteitages im Oktober 1919. Hier revidierte sie auch ihre Position zu bürgerlichen Wahlen und zu den Gewerkschaften.